

Ständerat

Conseil des États

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
sgk.csss@parl.admin.ch

An den Bundesrat
3003 Bern

4. September 2020

Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen Bundesrätinnen
Sehr geehrte Herren Bundesräte

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) hat sich an ihrer Sitzung vom 10. und 11. August 2020 ausführlich mit der aktuellen gesundheitspolitischen Lage und den Massnahmen des Bundesrates befasst. Dabei konnte sie feststellen, dass dem Bundesrat und der Bundesverwaltung für die bisherige Arbeit ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden kann. Gleichzeitig sind sich alle Kommissionsmitglieder darin einig, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine zweite Welle von Covid-19 Erkrankungen zu verhindern. In diesem Zusammenhang hat die Kommission an ihrer Sitzung vom 2. und 3. September 2020 eine Reihe von offenen Fragen erörtert. Sie bittet den Bundesrat zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

1. Voraussetzungen zur Ausrufung der ausserordentlichen Lage (Art. 185 Abs. 3 BV und Art. 7 EpG)

Es ist nicht auszuschliessen, dass sich die epidemiologische Lage der Schweiz – nicht zuletzt auch wegen der kommenden Grippesaison, wieder erheblich verschlechtern könnte.

Deshalb bittet die Kommission den Bundesrat ihr die Kriterien mitzuteilen, nach welchen er die Voraussetzungen definiert, wenn er erneut die „ausserordentlichen Lage“ nach Art. 7 EpG und Art. 185 Abs. 3 BV ausrufen muss.

2. Einheitliche Kriterien und epidemiologische Schwellenwerte für die Schweiz

Bei der besonderen Lage gemäss Art. 6 EpG sind die Kantone grundsätzlich verpflichtet, die sich aufdrängenden gesundheitspolitischen und gesundheitspolizeilichen Massnahmen zu beschliessen und durchzusetzen. Dabei hat sich in den letzten Monaten herausgestellt, dass durch die Kantone eine grosse



Vielfalt von Kriterien angewandt wurde, was in weiten Teilen der Bevölkerung und auch bei den Kantonen nicht auf grosses Verständnis gestossen ist.

Wäre der Bundesrat bereit, für das Gebiet unseres Landes einheitliche Kriterien und epidemiologischen Schwellenwerte mit Bandbreiten (allenfalls in Anlehnung an die Empfehlungen der WHO) zu definieren, nach denen dann die zuständigen Kantone ihre massgeschneiderten Massnahmen beschliessen könnten?

3. Klärung der Kompetenzen des BAG und des KSD und Verbesserung des Datenmanagements

Die Koordination zwischen Bund und Kantonen wurde durch das neue EpG verbessert. In der Pandemie hat sich aber gezeigt, dass die Aufgabenabgrenzung zwischen dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD; der in der heutigen Ausgestaltung in einer Zeit geschaffen wurde, als die Armee noch das wichtigste sicherheitspolitische Instrument zur Bewältigung grösserer Krisen war) zu einigen Unklarheiten und Missverständnissen geführt hat. Insbesondere die Kantonsärzte wünschen sich eine sofortige Klärung der Zuständigkeiten. Auch das Datenmanagement für meldepflichtige Personen und medizinische Infrastruktur ist dringend zu verbessern.

Was unternimmt der Bundesrat zur Klärung der Kompetenzen des BAG und des KSD?

Wird das vom VBS am 11. November 2019 erteilte Mandat „Sicherheitsverbund Schweiz“ vom 11. November 2019 betr. Zukunft des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) im Lichte der gemachten Erfahrungen angepasst?

Ist der Bundesrat bereit, das gesundheitliche Meldesystem unter Einbezug der Kantone und der betroffenen Kreise zu definieren, zu koordinieren und zu digitalisieren?

4. Contact Tracing

Wir wissen, dass ein systematisches Contact Tracing für die Eindämmung der Pandemie von grosser Bedeutung ist. Deshalb hat das BAG klare und nachvollziehbare Empfehlungen zum Contact Tracing und verbindliche Ausführungen zur Isolation und Quarantäne erlassen. Die Quarantäne ist zwar wirkungsvoll – offenbar sollen sich zwischen 30 und 50 Prozent aller positiv getesteten Personen in Quarantäne befunden haben – aber für die Betroffenen von einschneidender Bedeutung.

Wie beurteilt der Bundesrat die Befolgung dieser Contact Tracing Empfehlungen durch die Kantone und die Betroffenen? Welche Massnahmen könnten eine Verbesserung des Contact Tracing bewirken?

5. Rückkehrer/innen

Es hat sich herausgestellt, dass etwa ein Drittel aller Covid-19-Ansteckungen in der Schweiz bei Menschen, welche von einem Auslandsaufenthalt zurückgekehrt sind, erfolgt ist. Es ist zudem durchaus möglich, dass die Ansteckungen im familiären



Umfeld auch indirekt auf Ausländerückkehrerinnen und -rückkehrer zurückzuführen sein könnten. Demnach sind wir gut beraten, alles zu unternehmen, diese Quelle der Ansteckungen so effizient wie möglich zu beseitigen.

Teilt der Bundesrat die Bedeutung der Rückkehrer/innen für das Ansteckungsrisiko?

Welche Strategie hat der Bundesrat im Bereich der „Rückkehrer/innen“ definiert und wie gedenkt er diese umzusetzen?

6. Koordination bei der Beschaffung der Heilmittel und Medizinprodukte

Es hat sich gezeigt, dass wir im Bereich der benötigten Heilmittel und Medizinprodukte nicht auf eine Pandemie vorbereitet waren. Nicht überzeugend war das Verhalten des Bundes, verschiedener Kantone und auch Dritten bei der Beschaffung der dringend benötigten Materialien und der Aktivitäten im Zusammenhang mit den Covid-19-Tests. Sinnvoll wären zudem bessere Vorgaben beim Einkauf und der Verteilung von Masken. Insbesondere zur Zertifizierung und den Einsatzbereichen der verschiedenen Maskenkategorien sind klare Richtlinien nötig.

Ist der Bundesrat bereit, in Zukunft für die Beschaffung der benötigten Heilmittel und Medizinprodukte und der Information zu deren Verwendung eine Koordinationsrolle zu übernehmen?

Wie beurteilt der Bundesrat die Situation betreffend des Covid-19-Test-Materials?

Welche Strategie und gestützt auf welche gesetzliche Grundlage verfolgt der Bundesrat im Zusammenhang mit der Beschaffung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid-19?

7. Informationspolitik

Angesichts der Verunsicherung gewisser Bevölkerungskreise ist eine klare und verständliche Kommunikation zur Pandemie zentral. Grundlegende Informationen zum Virus, den Massnahmen des Bundes und der Kantone, dem aktuellen Stand der Pandemie und dem weiteren Vorgehen müssen in einfacher Sprache rasch und unkompliziert verfügbar sein. Auch Bürgeranfragen sollten zentral und öffentlich beantwortet und Links zur wissenschaftlichen Task Force prominent platziert werden.

Wie gedenkt der Bundesrat eine einfache und bürgernähere Information der Bevölkerung sicherzustellen?

Plant der Bundesrat eine zentrale Plattform einzurichten, über die Informationen zur Pandemie und den national wie auch kantonale und regional geltenden Massnahmen und deren Hintergründen verfügbar sind? Könnte die SwissCovid App dafür genutzt werden?

Wir danken Ihnen für die Beantwortung dieser Fragen und erwarten Ihre Stellungnahme bis zu unserer nächsten ordentlichen Sitzung vom 19. Oktober 2020.



Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen Bundesrätinnen, sehr geehrte Herren Bundesräte, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Paul Rechsteiner
Kommissionspräsident

Kopie an: SGK-N